

Niederschrift Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin: Mittwoch, 25.02.2009
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:50 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verw. gebäude II

Anwesend:

Vorsitzender
Ammersken, Heino

SPD-Fraktion
Götze, Horst
Grix, Helga
Meinen, Regina
Meyer, Elfriede (bis 18:08 Uhr)
Meyer, Lina
Schulze, Kai-Uwe

CDU-Fraktion
Bongartz, Helmut für Petra Orth
Janßen, Heinz Werner

FDP-Fraktion
Bolinius, Erich für Rolf Bolinius

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Renken, Bernd für Walter Schild

Fraktion DIE LINKE. Grundmandat
Graf, Wilfried

Beratende Mitglieder
Dietrich, Jürgen
Grix, Wilhelm (ab 18:12 Uhr)
Haarmeyer, Norbert
Hayenga, Klaas
Hollander, Volkmar
Züchner, Hermann

Verwaltungsvorstand
Lutz, Martin Erster Stadtrat

von der Verwaltung
Tempel, Doris
Esch, Klaus-Michael
Schröder, Rolf-Dieter
Szag, Elisabeth
Dübbelde, Sven

Protokollführung
Rauch, Agnes

Niederschrift Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Ammersken begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Der Tagesordnungspunkt 9 wird von der Verwaltung zurückgezogen.

Beschluss: Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 26.11.2008

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 26.11.2008 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift Nr. 12 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 10.12.2008

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 12 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 10.12.2008 wird genehmigt

Ergebnis: einstimmig

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

Niederschrift Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

BESCHLUSSVORLAGEN

TOP 6 Besetzung des Beratungsgremiums für Widersprüche in Sozialhilfeangelegenheiten
Vorlage: 15/1036

Beschluss: Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales benennt auf Vorschlag der CDU-Fraktion Frau Petra Orth als Mitglied des Beratungsgremiums gemäß § 116 Sozialgesetzbuch XII. Als Vertreter wird Herr Heinz-Werner Janssen benannt.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 7 Betrieb einer Tagespflege am Schwanenteich durch den Paritätischen Emden
- Vortrag von Herrn Dietrich, Geschäftsführer des Paritätischen Emden
Vorlage: 15/1037

Frau Szag erklärt, der Paritätische Emden sei Inhaber eines Teiles der betreuten Wohnanlage am Schwanenteich und verwalde diese Wohnanlage auch schon seit einiger Zeit. Nun habe der Paritätische den geplanten Betrieb einer Tagespflege in den Räumlichkeiten dieser Anlage angezeigt, dessen Betrieb zum 01.04.2009 aufgenommen werde und für etwa acht pflegebedürftige Personen Platz biete. Eine Tagespflegeeinrichtung betreue diese Personen über Tag, so dass eine Entlastung der Familienangehörigen gewährleistet sei und somit ein stationärer Heimaufenthalt vermieden werden könne.

Herr Dietrich stellt anschließend die geplante Tagespflegeeinrichtung vor.

Herr Ammersken bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Hollander fragt an, welchen Personalaufwand die Tagespflege ungefähr erfordere.

Herr Dietrich führt aus, er habe der Zeitung entnommen, alle Betreiber stationärer Einrichtungen hätten sich ausgesprochen erfreut gezeigt über die Bewertung von Pflegesituationen in den Altenheimen. Er habe aber eine differenziertere Meinung dazu, da er es bedauerlich finden würde, dass diejenigen, die jetzt die Standards für die Bewertungen herausgeben, an anderer Stelle die Personalschlüssel festlegen und finanzieren würden.

Bezüglich der Frage, wie hoch der Personalschlüssel in der Tagespflege sei, erklärt Herr Dietrich, wenn man den gesetzlich vorgegebenen Personalschlüssel nehme, dann komme man mit einer Vollzeitkraft bei acht Plätzen aus. Diese Vollzeitkraft sei eine ausgebildete Pflegefachkraft, die zusätzlich unterstützt werden müsse durch Altenpflegeschüler, Ehrenamtliche, Praktikanten, Angehörige usw.

Frau E. Meyer erkundigt sich nach der Höhe des Bedarfs insgesamt und fragt an, wie es sich bei der Nachfrage verhalte.

Herr Dietrich erklärt, ihm würden die Pflegezahlen für das Jahr 2007 vom Niedersächsischen Landesamt vorliegen, nachdem es in Niedersachsen gut 240.000 Menschen gäbe, die als pfe-

Niederschrift Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

gebedürftig eingestuft seien. Von diesen Personen würden sich 33 % in einer stationären Einrichtung befinden. Der überwiegende Anteil lebe zu Hause und werde dort entweder von den Angehörigen oder von professionellen Pflegediensten versorgt. Wenn er sich dieses Verhältnis ansehe, gehe er davon aus, dass eine große Nachfrage vorhanden sei. Jedoch werde es auch um die Frage der Finanzierbarkeit gehen, denn es sei auch ein Eigenanteil aufzubringen.

Herr Graf bittet um Auskunft, wie es bei den pflegebedürftigen Personen aussehen würde, die diese Tagespflege nicht finanzieren könnten.

Frau Szag erklärt, es gäbe bereits eine Tagespflege im Altenheim „Am Wall“ in Emden. Hier sei es so, dass man in der Regel mit dem, was von der Pflegekasse gezahlt werde und einem Eigenanteil, auskomme. Eine solche Einrichtung werde auch seitens des Landes über das Niedersächsische Pflegegesetz gefördert, was die Investitionskosten angehe. Tatsächlich würde es sich wirklich nur um wenige Personen handeln, bei denen das Einkommen nicht ausreiche und auch kein entsprechendes Vermögen vorhanden sei. Hier trete die Stadt Emden für die nicht gedeckten Kosten ein.

Frau Meinen fragt an, ob auch eine Unterbringung für nur wenige Tage möglich sei.

Herr Dietrich geht davon aus, dass alle Formen möglich wären. Die Erfahrungen mit anderen Tagespflege-Einrichtungen habe gezeigt, dass die Angehörigen ihre alten Menschen einen bzw. zwei Tage in der Woche unterbringen würden. Es sei nicht der Normalfall, dass die Menschen dort fünf Tage die Woche in der Tagespflege seien. Denkbar wären aber auch kurzfristige Urlaubslösungen.

Herr Haarmeyer bemerkt, ihm sei der Personalschlüssel bekannt. Seiner Meinung nach sei dieser zu gering bemessen. Abschließend erkundigt er sich, ob die Personen auch bis zu acht Stunden untergebracht werden könnten.

Herr Dietrich erklärt, zunächst habe man vor, mit sechs Stunden zu beginnen. Erweiterungsmöglichkeiten seien sicherlich denkbar und würden von der Nachfrage und von dem konkreten Bedarf abhängen.

Frau L. Meyer erkundigt sich, ob zu dieser Gruppe von acht Personen auch ältere Menschen dazugehörten, die an einer beginnenden Demenz-Erkrankung leiden würden.

Herr Dietrich stellt fest, es werde eine Grundbetreuung von einer Kraft pro acht Personen geben. Doch er sei natürlich bemüht, dieses durch ausgebildete Laienhelfer zu ergänzen. Die Tagespflege sei für Menschen geplant, die auf der einen Seite einen somatischen Pflegebedarf aber keine demenzielle Erkrankung hätten. Weiter sei sie natürlich auch für Menschen in der Demenz gedacht. Es gäbe auch Modelle, bei denen darüber nachgedacht werde, ob es bestimmte Tage gäbe, wo man sich eher dem Schwerpunkt Demenz zuwende. Das hänge letztendlich von der Zusammenstellung der Nachfrage ab. Weiter bemerkt er, mittlerweile gäbe es auch sehr viele geschulte Laienhelfer, die in eine solche Betreuung mit einbezogen werden könnten.

Auf die Frage von **Herrn Bolinius**, wie viele Tagespflegeplätze es in Emden geben würde, antwortet **Frau Szag**, zurzeit seien es zwölf Plätze. Da sich bislang kein Träger gefunden hätte, der Interesse an so einer Einrichtung gehabt habe, sei die Verwaltung Herrn Dietrich sehr dankbar für diese Idee.

Herr Züchner bemerkt, er habe sich in den Altenorganisationen ein wenig umgehört. Zum Teil sei die Sorge gewesen, dass diese Tagespflege nur funktioniere, wenn Angehörige vorhanden

Niederschrift Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

seien, die die Betreuung in der Zwischenzeit übernehmen könnten. Viele alte Leute würden die absolute Einsamkeit beklagen.

Herr Dietrich teilt mit, lange Jahre habe sich überhaupt kein weiterer Träger gefunden wegen der besonderen finanziellen Risiken in diesem Bereich. Auch in seinem Verband habe man lange darüber diskutiert, ob man in diesem Bereich ein Angebot entwickeln wolle. Letztendlich habe man sich aufgrund von Nachfragen aus der Anlage entschlossen, diesen Versuch zu unternehmen. Natürlich gäbe es auch Bedarfe für die Nacht. Dennoch sei man im Moment an der Stelle, eine Ergänzung als Tagesstruktur für sechs Stunden an fünf Tagen in der Woche auf den Weg zu bringen. Dieses sei mit einer Vielzahl von Risiken und Unwägbarkeiten verbunden. Jedoch wolle er auch nicht ausschließen, dass sich daraus andere Dinge entwickeln würden.

Frau E. Meyer fragt an, ob es sich bei den Laienhelfern um geschulte Kräfte handeln würde.

Herr Dietrich entgegnet, es gäbe im Pflegeleistungsergänzungsgesetz seit einigen Jahren eine Möglichkeit, gerade im Bereich der demenziell erkrankten Menschen nach einer Grundschulung, die auch vom Niedersächsischen Landesamt vorgeschrieben sei, diese Hilfen anzubieten. Es gehe hierbei um Laien, die keine konkrete zwei- oder dreijährige Ausbildung hätten und unter der Anleitung von Fachleuten mitarbeiten könnten

Herr Ammersken bedankt sich bei Herrn Dietrich und wünscht ihm viel Erfolg für die Einrichtung der Tagespflege.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 8 Sachstand Rahmenplan Integration
Vorlage: 15/1038

Frau Tempel erklärt, im Juni 2008 habe die Verwaltung vom Rat den Auftrag erhalten, einen Rahmenplan Integration in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann-Stiftung zu erarbeiten. Diesem Auftrag sei die Verwaltung nunmehr nachgekommen. Aufgrund von personellen Veränderungen bei der Bertelsmann-Stiftung sei es leider zu einer Verzögerung gekommen, sodass man heute berichten wolle, was in der Zwischenzeit passiert sei und wie es mit diesem Thema weitergehe.

Frau Tempel erläutert anschließend anhand einer PowerPoint-Präsentation den Sachstand des Rahmenplans Integration. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Herr Ammersken bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Lutz weist darauf hin, dass der Integrationsworkshop am 20. und 21.03.2009 zeitlich sehr umfangreich sein werde. Daher sei es notwendig, sich für dieses wichtige Thema Zeit zu nehmen. Er bitte darum, bei Verhinderung einen entsprechenden Vertreter zu benennen, um sicherzustellen, dass dieses ernste Thema in Ruhe und Sachlichkeit bis zum Ende durchgearbeitet werden könne.

Herr Züchner ist der Ansicht, dass ein Gesichtspunkt ein wenig zu kurz gekommen sei. Seiner Meinung nach habe sich das städtische Leben in Emden sehr unterschiedlich entwickelt, sodass in den Vororten zum Teil noch dörfliche Strukturen vorhanden seien, die sich einer Integration entgegengestellt hätten. Hier stelle sich die Frage, ob man diese Stadtteile noch einmal gesondert betrachten müsse.

Niederschrift Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Herr Lutz entgegnet, selbstverständlich würden die einzelnen Stadtteile betrachtet, wo Migration bisher gelungen oder vielleicht noch nicht gelungen sei.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 9 Sozialberichterstattung für die Stadt Emden im Rahmen der Sozialplanung
Vorlage: 15/1039

Von der Verwaltung zurückgezogen.

TOP 10 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Frau Tempel erklärt, es liege ein Antrag der CDU-Fraktion zum Thema Freizeitpass vor, der zwar verspätet eingegangen sei, aber dennoch aufgrund der vorliegenden Informationen heute beantwortet werden könne.

Herr Dübbelde erläutert anhand einer PowerPoint-Präsentation den derzeitigen Entwicklungsstand des Emder Freizeitpasses. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Herr Ammersken bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Schulze stellt fest, es sei schon bemerkenswert, dass Einrichtungen diese Vergünstigungen anbieten würden.

Herr Lutz führt aus, dort, wo in städtischen Einrichtungen auf Eintritt verzichtet werde, gehe dieses direkt in den Haushalt. Andere Einrichtungen würden sich schon an die Stadt wenden und um einen erhöhten Zuschuss bitten.

Herr Bongartz bedankt sich für die Beantwortung seines Antrages. Er erinnert daran, dass der Freizeitpass auf Antrag der CDU-Fraktion eingeführt worden sei. Damit sei auch die Vorstellung verbunden gewesen, dass über diesen Pass alle Sozialleistungen der Stadt gesteuert würden. Er fragt an, wie es mit der Abschöpfung der Haushaltsmittel aussehen würde. In anderen Städten wie z. B. bei der Stadt Osnabrück seien die Haushaltsmittel nicht annähernd abgerufen worden.

Herr Lutz erklärt, seiner Meinung nach seien keine Haushaltsmittel konkret diesem Projekt zugeordnet worden. Man habe gesagt, man benötige Personalkosten, die natürlich ausgeschöpft worden seien. Somit sei alles das, was der Rat gewährt habe, auch voll verbraucht worden.

Herr Bolinius kann nicht nachvollziehen, warum man hier von einem sehr guten Ergebnis sprechen würde. Seiner Ansicht nach hätten bisher nur 4 % der Bedürftigen diesen Pass beantragt.

Herr Dübbelde bemerkt, den Freizeitpass gäbe es erst seit Ende Oktober 2008. Von anderen Kommunen habe er die Information erhalten, dass dort im gesamten ersten Einführungsjahr ca. 350 Pässe ausgestellt worden seien. Bei dieser Zahl sei die Stadt Emden bereits nach wenigen Monaten. Von daher sei dieses eine gute Zahl.

Herr Renken stellt fest, dieses Projekt sei von allen gewollt und unterstützt worden. Daher sei es erfreulich, dass in einer relativ kurzen Zeit die Umsetzung erfolgreich gelungen sei. Hierbei

Niederschrift Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

sei festzustellen, dass der größte Teil über städtische Einrichtungen laufe. Es müsse angestrebt werden, dieses Projekt auf eine breitere Basis zu stellen. Dabei seien auch die Sportvereine ein ganz wichtiger Faktor, damit Kindern und Erwachsenen möglichst eine gleichberechtigte Teilhabe an gesellschaftlichen Aktivitäten ermöglicht würden.

Herr Renken führt weiter aus, auch sollte man für diese Sache Werbung machen. Denn 352 ausgestellte Pässe würden nicht bedeuten, dass tatsächlich 352 Personen die Kunsthalle oder das Landesmuseum besuchen würden. Die Effekte seien breiter gestreut und es würde davon abhängen, in welchen Bereichen die Interessen der jeweiligen Menschen liegen würden. Insofern halte er es für ein wenig gewagt, wenn jetzt diese Einrichtungen an die Stadt Emden herantreten und um Erhöhung des Zuschusses bitten würden.

Er wünsche sich, dass sich dieses Projekt weiter entwickele. Er sei als Ratsmitglied gespannt, was im Bereich Sozialberichterstattung über das Thema Armut und möglicherweise auch Reichtum in dieser Stadt an Fakten auf den Tisch komme.

Frau Tempel stellt fest, die Verwaltung habe den Titel von Familienpass in Freizeitpass geändert, um damit den Focus nicht ausschließlich auf Familien zu richten, sondern um auch denjenigen Menschen, die allein leben und nur über ein geringes Einkommen verfügen würden, die Möglichkeit zu geben, mit Hilfe dieses Passes an bestimmten Angeboten zu ermäßigten Preisen teilzunehmen.

Hinsichtlich der Zahlen erklärt Frau Tempel, bereits nach wenigen Monaten sei eine verhältnismäßig große Menge an Freizeitpässen ausgegeben worden, obwohl dieses Projekt zu einem relativ schlechten Zeitpunkt gestartet worden sei. Sie vermute, dass zum Frühjahr, wenn auch die Freibäder wieder öffnen würden, noch einmal eine höhere Anzahl von Personen erreicht würden. Auch sei angedacht, erneut an die Öffentlichkeit mit diesem Angebot heranzugehen.

Herr Graf bedankt sich bei Herrn Bongartz für den Antrag und bei der Stadt Emden, dass sie dieses Projekt so schnell in die Wege geleitet habe. Er sei jedoch schon mehrmals gefragt worden, welche Unterlagen notwendig seien, um diesen Freizeitpass zu beantragen. Daher schlage er vor, in Einrichtungen wie z. B. der Arge auch für dieses Projekt Werbung zu machen. Weiter bitte er darum, zum Ende des Jahres eine Auswertung vorzustellen, welche Bereiche am meisten genutzt worden seien. Nur so könne eine bessere Einschätzung gemacht und erkannt werden, wo die Schwerpunkte liegen würden.

Herr Schröder nimmt den Vorschlag auf, entsprechendes Informationsmaterial in den Beratungszimmern der Arge Emden auszulegen.

Herr Schulze findet das Projekt außerordentlich begrüßenswert und regt an, den Bekanntheitsgrad mit entsprechenden Flyern zu steigern.

Herr Bongartz weist darauf hin, dass das Klientel für einen solchen Freizeitpass in der Regel über keine Tageszeitung verfüge. Er schlage deshalb vor, den Kindern in den Schulen eine Information für die Eltern mitzugeben, damit diese dann auch über den Freizeitpass informiert würden.

Herr Dübbelde bedankt sich für den Hinweis. Bereits jetzt sei man an die Kindertageseinrichtungen, Jugendzentren und sämtliche Beratungsstellen herantreten und habe insgesamt 2.000 Flyer verteilt.

Herr Haarmeyer erklärt, er sei gerne bereit, die Flyer auch in der Emdener Tafel auszuteilen. Er halte die Zahl von 350 ausgegebenen Freizeitpässen in dieser kurzen Zeit für relativ gut. Auch

Niederschrift Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

müsse man dabei bedenken, dass viele Vergünstigungen schon durch z. B. einen Schülerschein ermöglicht würden.

Weiterhin bestätigt er die Aussage von Herrn Bongartz, dass sehr viele Leute über keine Tageszeitung mehr verfügen würden. Daher hätten die Zeitungen der Vortage bei der Tafel immer einen reißenden Absatz.

Herr Lutz regt an, einen Gutschein über ein Probe-Abo für den Bezug von einer Tageszeitung im Freizeitpass aufzunehmen.

TOP 11 Anfragen

1. Beirat für die ARGE

Herr Götze führt aus, bereits vor einem Jahr habe der Rat beschlossen, einen Beirat für die ARGE einzurichten. Im Verwaltungsausschuss sei anschließend erläutert worden, dass bei der Trägerversammlung dieser Wunsch auf Ablehnung gestoßen und die Bundesagentur nicht bereit sei, einen Beirat einzurichten. Im Ausschuss für Gesundheit und Soziales sei auch mitgeteilt worden, dass seitens der Bundesagentur für Arbeit die Weisung ergangen sei, bestehende Verträge nicht zu verändern. Er könne diese Aussagen so nicht nachvollziehen und habe den Eindruck, von der Verwaltung „verschaukelt“ worden zu sein. Die von der Verwaltung beteiligten Personen in der Trägerschaft der ARGE hätten nach seinem heutigen Kenntnisstand wenig Interesse gezeigt, einen Beirat für die ARGE in Emden einzurichten. Aus Gesprächen der Arbeitnehmerseite mit dem Leiter der Bundesagentur sei ihm mitgeteilt worden, dass er über den Beschluss des Rates nicht informiert gewesen sei. Dieser befürworte im Gegensatz zur Aussage der Verwaltung einen paritätisch besetzten Beirat aus Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern. Auch werde die Aussage, dass Nürnberg gegen die Einrichtung von Beiräten sei, von der Emdener Bundesagentur nicht bestätigt. Herr Götze könne aktuell die Informationen weitergeben, dass die Spitzen der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite einen Beirat für die ARGE in Emden befürworten würden. Für die neue Struktur der Zusammenarbeit von Kommune und Bundesagentur seien nach heutigem Kenntnisstand zwingend Beiräte zu bilden. Hinsichtlich der schnellstmöglichen Einrichtung eines Beirates für die ARGE bitte seine Fraktion die Verwaltung um eine verlässliche Zeitleiste für die Umsetzung des bestehenden Ratsbeschlusses.

Herr Lutz betont, seitens des Landes, das hier die Sach- und Rechtsaufsicht über die Kommunen ausübe, sei gebeten worden, wegen der großen politischen Diskussion über die Zukunft der ARGEN und Optierer derzeit keine Vertragsänderungen durchzuführen. Auch würden Änderungsvorschläge an Verträgen durch die Bundesanstalt für Arbeit bis zum Ablauf der Gesetzgebungszeit am 31.12.2010 als Vertragskündigungen angesehen. Er weist darauf hin, dass die Bundesagentur daneben mehrfach angedroht habe, den Vertrag mit der Stadt Emden zu kündigen, nur weil man sich geweigert hätte, z. B. Abbuchungsermächtigungen zu erteilen. Die Aussagen der Bundesagentur-Zentrale seien zudem auch ausgesprochen widersprüchlich. Von der einen Seite erhalte man die Rücknahme einer Kündigung und gleichzeitig von einer anderen Seite die Kündigung. Letztlich hätte ein Bestehen auf einen Beirat zumindest eine Vertragsergänzung bedurft, was in der Sitzung der Trägerversammlung mit Rücksichtnahme auf das Weiterbestehen der ARGE abgelehnt worden sei.

Herr Lutz stellt fest, die Aussage von Herrn Götze, die Verwaltung habe den Rat „verschaukelt“, sei unrichtig. Vielmehr sei nicht „gelogen“, sondern die Wahrheit gesagt worden. Er verwehre sich daher unter Hinweis auf die obigen Feststellungen gegen diese Unterstellung seitens Herrn Götze. Tatsächlich sei der Beschluss des Rates in der Trägerversammlung vorgetragen worden. Die Gewerkschaftsvertreter im Verwaltungsausschuss des Arbeitsamtes seien für die

Niederschrift Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Selbstverwaltungsangelegenheiten nach dem SGB III zuständig. Der Verwaltungsausschuss des Arbeitsamtes sei jedoch nicht zuständig für die Angelegenheiten nach SGB II.

Anmerkung der Protokollführung:

Der von Herrn Götze benannte Gewährsmann, Herr Sievers, war in der 11. Sitzung der Trägerversammlung der ARGE am 29.02.2008 nicht anwesend. Wie Herr Lutz bereits im Verwaltungsausschuss am 16.03.2009 mitgeteilt hat, ist dem Protokoll der Trägerversammlung zu entnehmen, dass in Punkt 8 „Antrag ... auf Einrichtung eines Beirates“ folgendes geäußert wurde: „... Herr Oltmanns macht deutlich, dass der ARGE-Vertrag so bleiben soll, also ohne Bildung eines Beirates.“

2. XENOS- Projekt

Herr Bolinius erklärt, ihm sei ein Schreiben vom Kultur- und Bildungsverein Internationales Barenburg e. V. bezüglich des XENOS-Programms zugegangen. Die Vorsitzende, Frau Ryll, habe ihm mitgeteilt, dass der Quartiersmanager der Sozialen Stadt Barenburg, Herr Schabler, ihr ausgerichtet habe, dass die Kofinanzierung des Projektes jetzt gewährleistet sei. Davon sei Frau Ryll sehr überrascht, denn am 10.12.2008 habe man ihr mitgeteilt, dass dieses Projekt seitens der Stadt Emden nicht unterstützt würde. Herr Bolinius fragt nunmehr an, wie hier der Sachverhalt sei.

Frau Tempel führt aus, auch die Stadtverwaltung habe dieses Schreiben erhalten. Sie persönlich sei ebenfalls sehr überrascht gewesen, da im Ausschuss keine Beschlussfassung erfolgt sei. Nunmehr habe sie zunächst versucht, bei Herrn Schabler zu hinterfragen, ob er diese Aussage tatsächlich getätigt habe. Leider habe sie noch keine Rückmeldung erhalten und werde zunächst abwarten, bevor sie mit Frau Ryll Kontakt aufnehmen werde.

3. Betreuung der Bewohner der ehemaligen Larrelter Batterie

Frau Meinen erkundigt sich, ob die Bewohner der ehemaligen Larrelter Batterie, die jetzt dezentralisiert untergebracht seien, auch weiterhin betreut würden.

Frau Tempel antwortet, eine sozialpädagogische Betreuung erfolge derzeit nicht. Jedoch finde eine regelmäßige Betreuung durch die entsprechenden Sachbearbeiter im Bereich des Aufgabengebietes ‚Asyl‘ statt. Derzeit laufe das Thema im Grunde genommen relativ unproblematisch.

4. Erwerbslosen-Beratungsstelle

Herr Graf weist darauf hin, dass die Arge Norden gemeinsam mit der Diakonie und einem Herrn Bagusat eine Art Erwerbslosenberatungsstelle unterhalte, die bereits in das dritte Jahre gehe und auch sehr erfolgreich sei. Er fragt an, inwieweit so etwas auch in Emden möglich wäre, da der Bedarf sehr groß sei und streckenweise in der Arge eine falsche Beratung durchgeführt werde.

Herr Lutz erwidert, diese Äußerung höre sich so an, als ob es der Regelfall wäre und ständig falsche Beratungen durchgeführt würden. Mit Sicherheit werde nicht immer alles richtig gemacht, doch die dort tätigen Mitarbeiter würden ihr Bestes tun, um eine ordentliche Arbeit zu leisten. Von daher weise er den Vorwurf auf das Deutlichste zurück.

Niederschrift Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Weiter erklärt er, ihm sei nicht bekannt, ob sich bisher ein Träger gemeldet habe, der bereit wäre, eine solche Beratung durchzuführen. Selbstverständlich könne jede Person hier beratend tätig werden, doch müsste auch eine gewisse Qualität sichergestellt sein. Dieses sei offensichtlich in Norden und auch in Aurich gewährleistet, da sich dort ein Träger zwischengeschaltet habe. Doch bisher habe sich hier noch niemand gemeldet. Selbstverständlich stehe die Arge zur Mithilfe bereit. Auch hier sei festzustellen, dass ein unerträgliches Misstrauen vorhanden sei, was auch mit der Bemerkung verstärkt werde, es werde falsch beraten. Dieses Misstrauen müsse abgebaut werden und das könne geschehen, wenn man tatsächlich jemanden habe, bei dem sich die Leute vermeintlich gut beraten fühlen würden. Abschließend bemerkt Herr Lutz, wenn jemand von den anwesenden Organisationen Interesse hätte, könne er sich gerne mit der Arge diesbezüglich in Verbindung setzen.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.